



Satzung des Tierschutzverein „Oberland“ e.V.

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

(1)

Der Verein führt den Namen „Tierschutzverein Oberland e.V.“ nachfolgend Verein genannt. Der Verein ist eingetragen beim Amtsgericht Pößneck unter der Registernummer VR 250438 (Fall 4)

(2)

Der Verein hat seinen Sitz in 07907 Schleiz, An der Sonnenbank 8. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf den Saale-Orla-Kreis (Oberland)

(3)

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

(1)

Der Verein versteht sich als helfende und vermittelnde Anlaufstelle für alle Tiere in Not. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenverordnung.

(2)

Zweck des Vereins ist die Förderung des Tierschutzes. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen dabei:

- Das Vertreten und Fördern des Tierschutzgedanken, durch Aufklärung, Belehrung und aktives und beispielhaftes Handeln;
- Das Wecken des Verständnisses für das Wesen und Wohlergehen der Tiere innerhalb der Bevölkerung;
- Das Fördern des Verständnisses der Öffentlichkeit für den Tierschutz;
- Die Verhütung und Abstellung von Tierquälereien, Tiermisshandlungen oder Tiermissbrauch;
- Die Veranlassung der strafrechtlichen Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen das Tierschutzgesetz und der auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen.

(3)

Die Tätigkeit des Vereins erstreckt sich nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze nicht nur den Schutz von Haus- und Nutztieren, sondern auch auf den Schutz aller in Freiheit lebenden Tiere.

(4)

Der Verein unterhält das Tierheim „Am Sonnenbad“ in 07907 Schleiz, An der Sonnenbank 8, als Zweckbetrieb, dessen Betrieb an diese Satzung und an die Tierheimordnung des Deutschen Tierschutzbundes e.V. gebunden ist.

(5)

Der Verein unterhält eine **Tierschutzjugend**. Der Vereinszweck wird im Wege des Kinder- und Jugendtierschutz verwirklicht durch:

- die Förderung des Tier- und Naturschutzgedankens bei Kindern und Jugendlichen durch Erstellung von pädagogischen Konzepten und Unterrichtsmaterialien;
- Förderung der Vermittlung von tradiertem und neuem Wissen über Haus-, Nutz-, und Wildtiere und den damit verbundenen kulturellen und ökologischen Zusammenhängen;
- Organisation und Durchführung von Projekttagen verbunden mit naturwissenschaftlichem Forschen;
- Herstellung und Pflege von Kontakten zu Institutionen und Arbeitsgruppen des Schulwesens, der Erwachsenenbildung und insbesondere zu Landestierschutzjugend zur Zusammenarbeit auf Bundesebene;
- den aktiven Einsatz beim Tier- und Naturschutz als Teil sozialverantwortlichen Handelns aufzuzeigen und dadurch aktives gesellschaftliches Engagement bei Jugendlichen zu fördern; Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen (Volksbildung);

Verbreitung des Tierschutzgedankens bei Kindern und Jugendlichen, Begeisterung von Kindern und Jugendlichen für den Tierschutz sowie Förderung der Kinder- und Jugendtierschutzarbeit.

§ 3 Selbstlosigkeit

(1)

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(2)

Das Vorstandsamt und andere Vereinsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Falls die anfallenden Tätigkeiten der Vereinsverwaltung das zumutbare Maß ehrenamtlicher Tätigkeit übersteigen, kann ein hauptamtlicher Geschäftsführer und das notwendige Hilfspersonal zur Führung einer Geschäftsstelle angestellt werden. Die Tätigkeit des Geschäftsführers kann in diesem Fall auch von einem oder mehreren Vorstandsmitgliedern gegen ein angemessenes Honorar ausgeübt werden, sofern die Mitgliederversammlung dem zustimmt. Für diese Tätigkeiten dürfen keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen gewährt werden.

(3)

Vorstandsmitglieder und andere im Auftrag des Vereins ehrenamtlich tätige Personen bekommen ihre Aufwendungen in nachgewiesener Höhe vom Verein ersetzt, sofern sie nicht im Vereinsinteresse darauf verzichten. Ein Verzicht kann durch eine Spendenquittung bestätigt werden, wenn der Ersatzanspruch vorab durch vertragliche Vereinbarung oder durch Vorstandsbeschluss vereinbart wurde.

(4)

Wenn es die finanzielle Situation des Vereins zulässt, kann der Vorstand für ehrenamtlich und unentgeltlich im Auftrag des Vereins tätige Personen die Zahlung einer Aufwandsentschädigung aus der Ehrenamtspauschale nach § 3 Nr. 26a EStG beschließen. Soll die Ehrenamtspauschale einem Vorstandsmitglied zu Gute kommen, muss die Mitgliederversammlung diesem Beschluss zustimmen.

§ 4 Mitgliedschaft

(1)

Die Mitgliedschaft im Verein kann jede natürliche Person, die das 18. Lebensjahr vollendet hat, durch schriftlichen Antrag erwerben. Bei minderjährigen Personen ist die schriftliche Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich.

(2)

Über den schriftlichen Aufnahmeantrag des Bewerbers entscheidet der Vorstand. Der Bewerber ist über die Entscheidung zu seinem Aufnahmeantrag zu unterrichten. Im Falle einer Ablehnung brauchen die Ablehnungsgründe nicht mitgeteilt werden.

(3)

Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar.

(4)

Der Vorstand kann Ehrenmitglieder berufen. Ehrenmitglieder haben alle Rechte der ordentlichen Mitglieder. Als Ehrenmitglied kann berufen werden, wer sich um den Tierschutz im Allgemeinen und den Verein im Besonderen hervorragende Dienste erworben hat.

(5)

Die Mitgliedschaft endet durch:

- Freiwilligen Austritt, der nur durch schriftliche Kündigung zum Ende des Geschäftsjahres erfolgen kann;
- Ausschluss oder
- Tod.

§ 5 Ausschluss

(1)

Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es

- (a) dem Vereinszweck oder Tierschutzbestrebungen allgemein in grober Weise zuwiderhandelt;
- (b) den Verein oder dessen Ansehen in der Öffentlichkeit schädigt oder Unfrieden im Verein stiftet;
- (c) ein unehrenhaftes Verhalten innerhalb oder außerhalb des Vereins zeigt; dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Mitglied einer extremistischen oder anderweitigen diskriminierenden Organisation im Sinne der Präambel angehört oder eine solche Gesinnung zum Beispiel durch das Tragen von extremistischen Kennzeichen und Symbolen zeigt, oder mehr als einmal an einer Veranstaltung solcher Organisationen

teilnimmt.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit 2/3-Mehrheit nach schriftlicher oder mündlicher Anhörung des betroffenen Mitgliedes zu den vorgeworfenen Tatbeständen.

(2)

Abweichend vom vorstehenden Ausschlussverfahren kann ein Mitglied in einem vereinfachten Verfahren von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es mit der Entrichtung des Jahresbeitrags ganz oder teilweise trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung im Rückstand ist. Die Entscheidung hierüber trifft der Vorstand.

(3) Der Beschluss ist vereinsintern unanfechtbar. Die Mitgliedschaft ruht während des gesamten Ausschlussverfahrens bis zur Rechtskraft des Ausschlusses. Einem Mitglied muss indes stets der Zutritt zur Mitgliederversammlung gewährt werden.

(4)

Eine Erstattung bereits entrichteter Mitgliedsbeiträge ist im Falle des Ausschlusses ausgeschlossen.

§ 6 Mitgliedsbeitrag

(1)

Jedes Mitglied hat den Jahresbeitrag zu entrichten, dessen Höhe die Mitgliederversammlung beschließt. Jedem Mitglied steht eine freiwillige höhere Zahlung (Dauerspende) frei.

(2)

Mitgliedern, die unverschuldet in Not geraten sind, können die Beiträge durch Vorstandsbeschluss auf Antrag gestundet oder für die Zeit der Notlage teilweise oder ganz erlassen werden. Jugendmitglieder sowie Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

(3)

Der Jahresbeitrag ist jeweils bis zum 31. März eines jeden Jahres ohne besondere Aufforderung zu entrichten.

(4)

Bei Aufnahme nach dem 31. März ist der volle Jahresbeitrag für das Aufnahmejahr zu entrichten.

(5)

Jedes Mitglied ist verpflichtet 16 Arbeitsstunden pro Jahr für den Verein zu leisten. Sei es, bei der Aushilfe zur Pflege der Tiere oder zur Instandhaltung/Pflege der Anlagen des Tierheimes. Sollte einem Mitglied nicht möglich sein, diese Arbeitsstunden nicht oder nicht vollständig ableisten zu können, müssen 5 Euro pro nicht geleistete Stunde als Ausgleich gezahlt werden.

(6)

Mitglieder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind von der Erbringung der Arbeitsleistungen befreit. Ebenso sind Mitglieder von der Erbringung der Arbeitsleistungen befreit, welche das 70. Lebensjahr vollendet haben und Mitglieder mit einem Grad der Behinderung von 50 Prozent und mehr.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1)

Alle Mitglieder sowie Ehrenmitglieder sind berechtigt, an der Willensbildung im Verein durch Ausübung des Antrags-, Diskussions- und Stimmrecht an Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Bis zum Alter von 16 Jahren haben Jugendmitglieder eine beratende Stimme. Ab 16 Jahren sind sie stimmberechtigt, sofern sie eine Vollmacht der Erziehungsberechtigten vorlegen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts ist unzulässig.

(2)

Bei Mitgliedern, die mit ihrer Beitragszahlung im Rückstand sind, ruht das aktive und passive Stimmrecht bis zur Begleichung des ausstehenden Beitrages.

(3)

Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen sowie allgemeine Einrichtungen des Vereins zu benutzen. Der Vorstand kann hierzu eine Nutzungsordnung erlassen und bei Missachtung Sanktionen wie Hausverbote aussprechen, die insbesondere Betretungszeiten und –zwecke regelt, und bei Missachtung Sanktionen wie Hausverbote aussprechen. Betreibt der Verein ein Tierheim gehören die Tierunterkünfte insbesondere Quarantäne- und Krankenstation und der Tierarzttraum sowie Lagerräume nicht zu den allgemein zugänglichen Einrichtungen.

(4)

Die Mitglieder sind verpflichtet, die Satzung anzuerkennen, mit ihrer ganzen Kraft dem Zweck des Vereins (§2) zu dienen und diesen zu fördern.

§ 8 Organe des Vereins

(1)

Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand

§ 9 Mitgliederversammlung

(1)

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Sie sollte möglichst im 1. Halbjahr eines jeden Geschäftsjahres vom Vorstand einberufen werden (Jahreshauptversammlung).

(2)

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn der Vorstand es für erforderlich hält oder wenn mindestens 1/3 der Vereinsmitglieder dies unter Angabe von Gründen beim Vorstand beantragt.

(3)

Die Einladung zur Mitgliederversammlung muss schriftlich oder per E-Mail (wenn vom Mitglied angegeben) mit einer Frist von 14 Tagen unter Angabe einer Tagesordnung durch den Vorstand erfolgen.

Zur fristgerechten Ladung ist die Versendung an die letzte bekannte Adresse eines jeden Mitgliedes ausreichend. Zugang gilt bei Ladung per Post einen Tag nach Versenden als erfolgt. Hat ein Mitglied seinen Umzug nicht unverzüglich mitgeteilt, kann er sich auf einen Zugangsmangel nicht berufen.

(4)

Der Mitgliederversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- Entgegennahme und Genehmigung des schriftlichen Jahresberichtes des Vorstandes und des Rechnungsabschlusses und Entlastung des Vorstandes;
- Wahl und Amtsenthebung der Mitglieder des Vorstandes sowie Wahl von zwei Rechnungsprüfern;
- Beschlussfassung über die Höhe des Mitgliedsbeitrages
- Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins;
- Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstandes;
- Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

(5)

Die Versammlung wird von dem/der Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von dem/der Stellvertreter/in geleitet, wenn die Mitgliederversammlung nicht über einen anderen Versammlungsleiter beschließt.

(6)

Jede Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit, es sei denn, die Satzung schreibt andere Stimmenmehrheiten vor. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.

(7)

Gültige Beschlüsse können nur zur Tagesordnung gefasst werden. Anträge für die Tagesordnung müssen mindestens 7 Tage vor Beginn der Mitgliederversammlung zusammen mit einer Begründung schriftlich beim Vorstand eingegangen sein.

Über später eingegangene Anträge entscheidet die Mitgliederversammlung. Die Aufnahme eines verspäteten Antrages auf die Tagesordnung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

(8)

Bei den Wahlen der Mitglieder des Vorstandes und der Rechnungsprüfer gilt als gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten, findet eine Stichwahl zwischen denjenigen statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Gewählt ist dann derjenige, der die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Versammlungsleiter zu ziehende Los.

(9)

Wahlen sind schriftlich und geheim durchzuführen, wenn auch nur ein teilnehmendes Mitglied dies beantragt. Sonstige Beschlussfassungen und Abstimmungen werden schriftlich durchgeführt, wenn mindestens 1/3 der Erschienenen es verlangt.

(10)

Die Wahl zum Vorstand und die Wahl der Rechnungsprüfer sind von einem von der Versammlung zu bestimmendem Wahlleiter/in und ggf. Wahlhelfer/in durchzuführen.

(11)

Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 10 Vorstand

(1)

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt und besteht mindestens aus:

- dem/der Vorsitzenden
- dem/der Stellvertreter/in
- dem/der Schriftführer/in
- dem/der Schatzmeister/in

(2)

Vorstand im Sinne des § 26 Abs. 2 BGB sind der/die Vorsitzende und sein/e

Stellvertreter/in. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich und **sind gemeinsam vertretungsberechtigt.**

(3)

Alle Vorstandsmitglieder müssen volljährig und seit mindestens 6 Monaten Mitglieder des Vereins sein. Sie arbeiten ehrenamtlich. Entlohnungen stehen ihnen nicht zu. Für den/ die Jugendvertreter/ in gilt zusätzlich, dass er/ sie zu Beginn des Geschäftsjahres mindestens 18 Jahre alt sein muss und das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben darf.

(4)

Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Jahr gewählt. Die Mitglieder des Vorstandes sind grundsätzlich einzeln für das jeweilige Amt zu wählen. Wiederwahl ist zulässig.

(5) Der/ die Jugendvertreter/ in ist zugleich Mitglied der Jugendversammlung des Landestierschutzverband Thüringen e.V. und vertritt dort die Interessen des Kinder- und Jugendtierschutzes.

(6)

Die Amtszeit der Vorstandmitglieder endet durch:

- Ablauf der Amtszeit;
- Niederlegung des Amtes;
- Abberufung durch die Mitglieder- bzw. Jahreshauptversammlung;
- Austritt aus dem Verein;
- Ausschluss aus dem Verein;
- durch Tod.

(7)

Der Vorstand agiert als mehrköpfiges Gremium arbeitsteilig. Soweit in dieser Satzung nichts anders geregelt richtet sich der jeweilige Aufgabenbereich der Vorstandsmitglieder und die Geschäftsaufteilung im Falle der Verhinderung von Vorstandsmitgliedern nach der Geschäftsordnung des Vorstandes. Errichtung und Änderung der Geschäftsordnung erfolgt durch den Vorstand per Beschluss mit 2/3-Mehrheit.

(8)

Der geschäftsführende Vorstand hat den übrigen Vorstand über alle laufenden Angelegenheiten i zu informieren.

(9)

Liegt der dringende Verdacht vor, dass ein Mitglied des Vorstands oder Beirats gegen seine Sorgfaltspflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verstoßen hat, so können ihm spezifische Amtsbefugnisse, insbesondere Kontovollmacht oder Schlüsselgewalt vorläufig entzogen werden. Dafür ist ein Vorstandsbeschluss mit 2/3-Mehrheit notwendig. Eine endgültige Abberufung eines Mitglieds des Vorstands kann nur durch die Mitgliederversammlung erfolgen. Ein Antrag auf Abberufung eines Vorstandsmitgliedes kann zudem von 10% der stimmberechtigten Mitglieder gestellt werden; der Vorstand muss sodann unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung zur Abstimmung einberufen.

(10)

Legt ein Vorstandsmitglied sein Amt nieder, so ist unverzüglich vom Vorstand eine Mitgliederversammlung zum Zweck der Neuwahl einzuberufen. Im Übrigen benennt der Vorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung als Ersatz ein kommissarisches Vorstandsmitglied.

(11)

Der Rücktritt des Vorstandes insgesamt oder aller Vorstandsmitglieder zur gleichen Zeit ist nur in einer Mitgliederversammlung möglich. Will der Vorstand zurücktreten, so hat er unverzüglich eine Mitgliederversammlung einzuberufen zum Zweck der Entgegennahme der Rücktrittserklärung des alten Vorstandes und der Wahl des neuen Vorstandes.

(12)

Zurückgetretene (und abberufene) Vorstandsmitglieder sind durch das Ausscheiden aus dem Vorstand nicht entlastet.

§ 11 Aufgaben des Vorstandes

(1)

Dem Vorstand obliegt die Geschäftsführung des Vereins. Er ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

(2)

In seinem Wirkungskreis fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
- Erstellen des Jahresberichtes und des Rechnungsabschlusses;
- Vorbereiten der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung;

- Einberufung und Leitung der ordentlichen und der außerordentlichen Mitgliederversammlung;
- Erstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr, Buchführung;
- Ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens, Letzteres mit Ausnahme im Falle des Vereines;
- Einstellung und Kündigung von bezahlten Arbeitskräften des Vereins;
- Tierheimverwaltung;
- Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins §§ dieser Satzung;
- Der Vorstand ist der Tierheimleitung gegenüber weisungsberechtigt.

(3)

Vorstandssitzungen werden vom Vorsitzenden nach Bedarf einberufen; mindestens jedoch vierteljährlich.

§12 Beschlussfassung

(1)

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse grundsätzlich in Vorstandssitzungen, welche vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter/in schriftlich, fernmündlich oder mittels elektronischer Medien einberufen werden. Die Bekanntgabe einer Tagesordnung ist nicht erforderlich.

(2)

Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit mit Ausnahme des Beschlusses über den Ausschluss eines Mitgliedes, für den eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/ der Vorsitzenden beziehungsweise des die Sitzung leitenden Vorstandsmitgliedes den Ausschlag. Einer Vorstandssitzung bedarf es nicht, wenn alle Vorstandsmitglieder einem Beschlussantrag schriftlich zustimmen.

(3)

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder sein Stellvertreter/in, anwesend sind.

(4)

Die Vorstandsbeschlüsse sind zu protokollieren und vom jeweiligen/er Sitzungsleiter/in zu unterschreiben.

(5)

Über die Vorstandssitzung ist ein Protokoll zu führen und von allen teilnehmenden Vorstandsmitgliedern zu unterschreiben.

§ 13 Kassenführung und Rechnungsprüfung

(1)

Der/Die Schatzmeister/in führt die Kassengeschäfte im Rahmen der gefassten Beschlüsse. Sie/Er ist verantwortlich für die Leitung des Kassenwesens.

(2)

Alljährlich hat der/die Schatzmeister/in bei jeder Jahreshauptversammlung einen Kassenbericht abzugeben, der die Vermögenslage des Vereins genau, übersichtlich und verständlich darstellt.

(3)

Von der Mitgliederversammlung werden zwei Rechnungsprüfer/ innen auf die Dauer von einem Jahr gewählt. Sie bleiben bis zur Wahl neuer Rechnungsprüfer/ innen im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Sie dürfen nicht Mitglieder des Vorstands sein. Die Rechnungsprüfer müssen die Fähigkeit besitzen, eine Buchprüfung ordnungsgemäß durchführen zu können.

(4)

Die Vermögensverhältnisse des Vereins sind mindestens einmal im Jahr nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres so rechtzeitig zu prüfen, dass in der ordentlichen Mitgliederversammlung ein Bericht über die Vermögensverhältnisse des Vereins erstattet werden kann. Der Bericht der Rechnungsprüfer ist schriftlich niederzulegen. Sie empfehlen der Mitgliederversammlung die Entlastung des Vorstandes, sofern die diesbezüglichen Voraussetzungen vorliegen.

(5)

Die Rechnungsprüfer können jederzeit Einsicht in die Vermögensverhältnisse des Vereins nehmen. Ihr Prüfungsauftrag beschränkt sich auf die Rechnungsführung sowie auf die Prüfung, ob die Mittel wirtschaftlich verwendet worden sind, ob die Ausgaben sachlich begründet, rechnerisch richtig und belegt sind.

§ 14 Haftung

(1)

Für Schäden gleich welcher Art, die einem Vereinsmitglied aus der Teilnahme an Veranstaltungen oder durch die Benutzung der Vereinseinrichtungen entstanden sind, haftet der Verein nur, wenn einem Organmitglied oder einer sonstigen Person, für die der Verein nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts einzustehen hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

§ 15 - Datenschutz

(1)

Der Verein erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder (Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse) unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen (EDV) zur Erfüllung der gemäß dieser Satzung zulässigen Zwecke und Aufgaben, beispielsweise im Rahmen der Mitgliederverwaltung. Dies betrifft insbesondere folgende Mitgliederdaten: Name und Anschrift, Geburtsdatum, Telefonnummern (Festnetz und Mobil) sowie E-Mailadresse und die Bankverbindung. Jedem Vereinsmitglied wird eine Mitgliedsnummer zugeordnet.

(2)

Der Verein beachtet die Datenschutzgrundsätze und versichert, personenbezogene Daten über die Zwecke der Mitgliederverwaltung hinaus nur zu verarbeiten, wenn dies zur Förderung des Vereinszwecks erforderlich ist und keine übergeordneten Schutzinteressen der Verarbeitung entgegenstehen. Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgabe und Zwecke hinausgehende Datenverwendung ist dem Verein nur erlaubt, sofern er aus gesetzlichen Gründen hierzu verpflichtet ist. Ein Datenverkauf ist nicht statthaft.

(3)

Die personenbezogenen Daten werden dabei durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor unbefugter Kenntnisnahme Dritter geschützt.

(4)

Jedes Mitglied hat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften das Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, deren Empfänger und den Zweck der Speicherung sowie auf Berichtigung, wenn sie unrichtig sind sowie auf Löschung oder Sperrung seiner Daten, sofern kein Speichergrund mehr besteht.

(5)

Bei Austritt oder Ausschluss eines Mitgliedes werden Name, Adresse und Geburtsjahr des Mitglieds aus der Personalverwaltung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist, die zehn Jahre ab Ende des Jahres, in dem die Mitgliedschaft beendet wurde, gelöscht.

§ 18 - Mitgliederliste

(1)

Die dem Verein übermittelten persönlichen Daten werden im Rahmen der Mitgliederverwaltung erarbeitet und zum Zwecke der Durchführung des Vertrages gespeichert. Name und Adresse des Mitglieds werden in eine Mitgliederliste überführt, die als Datei oder in Papierform vorliegen kann.

(2)

Bei Austritt oder Ausschluss eines Mitgliedes wird das Mitglied unverzüglich aus der Mitgliederliste gelöscht.

(3)

Die Mitgliederliste wird ausschließlich vereinsintern durch Vorstandsmitglieder, befugte Ehrenamtliche oder Mitarbeiter verarbeitet. Sie wird nicht an Dritte weitergegeben, zur Einsicht zur Verfügung gestellt oder öffentlich ausgehängt, außer in folgenden Fällen:

- Vereinsmitglieder haben ein Recht auf Einsichtnahme in die Mitgliederliste. Macht ein Mitglied glaubhaft, dass es die Mitgliederliste zur Wahrnehmung seiner satzungsgemäßen Rechte benötigt, und erklärt, die Daten nicht missbräuchlich zu verwenden, wird ihm eine gedruckte Kopie der Liste mit Namen und Adressen gegen die schriftliche Versicherung ausgehändigt, dass die Daten nicht zu anderen als Vereinszwecken Verwendung finden.
- Ausnahmsweise ist eine Weitergabe auch rechtlich zulässig, soweit der Verein im Rahmen einer gesetzlichen Verpflichtung gegenüber Behörden, als Mitglied von Dachverbänden oder gegenüber anderweitig Berechtigten verpflichtet ist, bestimmte personenbezogene Daten zu melden.

§ 15 Tierschutzjugend

(1)

Mitglieder der Tierschutzjugend können Jugendmitglieder und junge Erwachsene bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres sein. Mitglieder der Tierschutzjugend, die Ämter der Tierschutzjugend bekleiden, können auch nach Vollendung des 30. Lebensjahres Mitglieder der Tierschutzjugend sein, wenn sie zu Beginn der Amtsperiode das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. In der

Tierschutzjugend werden die Kinder und Jugendlichen im Sinne des Vereinszwecks gefördert und hierzu durch jugendpflegerische Tätigkeiten angeleitet.

(2)

Die Tierschutzjugend gibt sich selbst eine Jugendordnung. Die Jugendordnung wird nach Genehmigung durch den Vorstand wirksam.

(3)

Die Tierschutzjugend kann selbständig einen Vorstand aus ihrem Kreis wählen. Der Jugendvertreter, also der Vorsitzende der Tierschutzjugend, kann an den Vorstandssitzungen teilnehmen und ist dort auch stimmberechtigt. Im Rahmen des Haushaltsplanes werden der Tierschutzjugend Mittel in eigener Verwaltung zur Erfüllung des Vereinszwecks und der jugendpflegerischen Tätigkeiten zur Verfügung gestellt.

§ 16 Verbandsmitgliedschaften

(1)

Der Verein ist Mitglied des Deutschen Tierschutzbundes e.V. sowie des Landestierschutzverbandes Thüringen e.V.

(2)

Der Vorstand teilt dem Dachverband jeweils Wechsel im Vorstand, Satzungsänderungen und weitere wichtige Vereinsentscheidungen mit.

§ 17 Satzungsänderungen

(1)

Eine Satzungsänderung kann nur in einer ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Eine Beschlussfassung kann nur erfolgen, wenn die Änderung unter Beachtung der für die Einladung zur Mitgliederversammlung geltenden Frist und Form allen Mitgliedern mitgeteilt worden ist.

(2)

Der Vorstand ist berechtigt, formale Änderungen der Satzung aufzunehmen, wenn diese vom Amtsgericht (Vereinsregister) gefordert werden. Diese Änderungen müssen nachträglich durch die Mitgliederversammlung genehmigt werden.

§ 18 Auflösung des Vereins

(1)

Die Auflösung des Vereins kann nur durch eine zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung erfolgen.

(2)

Zur Auflösung ist die Zustimmung einer 2/3 Mehrheit aller stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung oder Ablehnung kann auch schriftlich an den Vorstand erfolgen.

(3)

Sofern die Mitgliederversammlung nichts Abweichendes beschließt, sind der/die Vorsitzende, der/die Stellvertreter/in und der/die Schatzmeister/in zu gemeinsam vertretungsberechtigten

Liquidatoren ernannt. Dies gilt auch dann, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder wenn er seine Rechtsfähigkeit verliert. Die Rechte und Pflichten der Liquidatoren bestimmen sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 47 ff. BGB).

(4)

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Deutschen Tierschutzbund e.V., In der Raste 10, 53129 Bonn, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke – nach Möglichkeit zur Pflege des Tierschutzes im Saale-Orla-Kreis – zu verwenden hat.

§ 19 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung tritt mit ihrer Eintragung ins Vereinsregister in Kraft.

Diese Satzung wurde in der Mitgliederversammlung vom **03.06.2023** mit der hierfür erforderlichen Mehrheit beschlossen.

Termin der Eintragung: 09.08.2023